

Prekäre Einstellungspraxis im Förderschulwesen

**Widerstand
formiert sich.
Bündnis in
Mittelfranken
geht an die
Öffentlichkeit.**

Foto: imago/Steinach

Seit einigen Jahren bekommen viele FörderschullehrerInnen nach ihrer Ausbildung nur noch befristete Einjahresverträge angeboten und finden sich auf Wartelisten wieder. Derzeit befinden sich 480 »BewerberInnen« in dieser Situation. Die Wartezeit auf diesen Listen ist allerdings auf fünf Jahre begrenzt. Danach entfällt der Anspruch auf eine dauerhafte Anstellung im staatlichen Bereich. Wer es also innerhalb dieser Zeit nicht geschafft hat, auf eine Planstelle zu wechseln, fliegt von der Warteliste. Aktuell betrifft dies 71 Lehrkräfte, die nur noch als sogenannte »freie BewerberInnen« zählen. Dabei handelt es sich um junge, gut ausgebildete, motivierte SonderpädagogInnen. Diese werden, wenigstens aktuell, auch ganz offensichtlich gebraucht, um den Status quo zu halten, denn der prognostizierte Rückgang bei den Zahlen der SchülerInnen findet nicht statt. Zu Schuljahresbeginn sucht z. B. die Regierung von Mittelfranken händeringend Personal für die Arbeit an Förderschulen. Im Februar dieses Jahres wurden sogar LehrerInnen in Altersteilzeit angeschrieben und gefragt, ob sie nicht bereit wären, wieder in den Schuldienst zurückzukehren. Gleichzeitig weigert sich die Bayerische Staatsregierung bisher, den jungen Lehrkräften eine dauerhafte Berufsperspektive zu zugestehen.

Befristet für ein Jahr – und dann?

Es ist evident, dass der oben beschriebene Zustand für die Betroffenen schwerwiegende negative Auswirkungen hat. Als erstes ist die Verunsicherung als Folge der prekären und

stets nur befristeten Arbeitsverhältnisse zu nennen. Diese wird noch verstärkt durch das Wissen um die zeitliche Begrenzung dieses Zustands auf fünf Jahre und die absolute Ungewissheit darüber, wie es danach weitergehen kann.

Jahr für Jahr bangen die betroffenen LehrerInnen erneut darum, ob sie überhaupt eine befristete Anstellung bekommen. Eine dauerhafte Lebensperspektive und -planung ist so nicht möglich.

Persönlicher und pädagogischer Irrsinn

Die gesetzlichen Regelungen zu befristeten Verträgen erzwingen darüber hinaus permanente Schulwechsel, meist im Wechsel von staatlichen zu privaten Trägern und umgekehrt, um sogenannte Kettenverträge zu vermeiden.

Dies hat in einigen Fällen auch ständige, kostspielige Wohnortwechsel in kürzester Zeit zur Folge.

Neben den negativen Folgen der permanenten existenziellen Unsicherheit und den ständigen Schulwechseln für die jungen Lehrkräfte ergeben sich aber auch negative Folgen für die SchülerInnen, die Eltern und die Kollegien der betroffenen Schulen.

Die erzwungenen Schulwechsel und der damit verbundene Umstand, sich jedes Jahr aufs Neue in eine völlig neue Schul- und Klassensituation einarbeiten zu müssen, entwerfen das sich bereits mühsam angeeignete Wissen um die spezifische Schulsituation, die spezielle SchülerInnenpopulation und die jeweiligen Schulausstattungen. Diese Kompetenzen müssen ständig neu angeeignet werden, es existiert

keine Kontinuität, was zwangsläufig negative Auswirkungen auf die Qualität des Unterrichts haben muss.

Die mit viel Engagement aufgebauten Kontakte zu den Eltern, das Wissen über familiäre Hintergründe, die zu einem besseren Verständnis für SchülerInnenpersönlichkeiten und deren problematischen Verhaltensweisen führen, sind mit einem Schlag nutzlos.

Leidtragende sind vor allem die SchülerInnen an Förderschulen, haben doch die ständigen LehrerInnenwechsel negative Konsequenzen für ihre Motivation und damit auch für den Lernerfolg. Mühsam entwickelte Vertrauensverhältnisse werden für die weitere pädagogische Arbeit wertlos. Oft wird der neuen Lehrkraft mit Frustration und Misstrauen begegnet.

Aber auch für die betroffenen Kollegien ist dieser Zustand untragbar. Sie sind ständig gezwungen, neue KollegInnen einzuarbeiten. Die unterschiedlichen besonderen Fähigkeiten der neuen KollegInnen sind nach einem Jahr schon wieder verloren. Mit längerfristig für den Schulbetrieb erforderlichen Funktionen können diese KollegInnen sinnvollerweise nicht bedacht werden.

Die viel gerühmte Evaluation wird bei ständig neu gemischten Kollegien vollends zur Farce. Die Forderungen nach Schulentwicklung und Schulprofilen sind unter diesen Bedingungen schwer bis gar nicht umzusetzen.

Auch die Arbeit der SchulleiterInnen wird außerordentlich erschwert. Sie müssen damit zurechtkommen, dass sie zum Schuljahresende nicht wissen, mit welchem Personal sie ins nächste Schuljahr gehen werden und welche spezifischen Fähigkeiten die neuen KollegInnen mitbringen. Sichere Planung ist so nicht möglich.

Etliche dieser jungen LehrerInnen haben Bayern bereits den Rücken gekehrt und sind in andere Bundesländer abgewandert, wo sie meist mit offenen Armen aufgenommen wurden.

Widerstand entwickelt sich

Besonders in Mittelfranken hat sich aber jetzt der Widerstand gegen diese prekären Arbeitsverhältnisse formiert. Viele der jungen Lehrkräfte versuchten bisher unabhängig voneinander, durch Briefe an Landtagsabgeordnete und das Kultusministerium auf ihre missliche Lage aufmerksam zu machen. Dabei konnten sogar erste Zusagen für Teilbereiche erreicht werden.

Die jungen KollegInnen, die sich teils noch in der Ausbildung befinden, teils aber bereits unter prekären Bedingungen arbeiten, geben sich damit aber noch nicht zufrieden. Sie sind nicht länger bereit, diese Situation widerspruchslos hinzunehmen. Auf ihre Initiative hin luden die zuständigen mittelfränkischen Fachgruppen von GEW, NLLV, BLLV und dem VDS Anfang April zu einem Arbeitstreffen nach Nürnberg ein. Die Resonanz übertraf die Erwartungen. Mehr als 50 Betroffene drängten sich im überfüllten Raum im Nürnberger Lehrerheim. Mit besonderer Freude nahmen sie die Anwesenheit von zwei Vertreterinnen

vom »Landeselternbeirat der Schulen und schulvorbereitenden Einrichtungen für Menschen mit geistiger Behinderung« auf. Diese äußerten dann auch ihr Verständnis für die Forderung nach mehr Planstellen und sicherten ihre Unterstützung zu.

Solidarität mit den von ihnen betreuten jungen Lehrkräften bewiesen auch die vier anwesenden SeminarleiterInnen unterschiedlicher Fachrichtungen durch ihre Anwesenheit und rege Teilnahme an der Diskussion.

Nach teilweise kontroverser, aber stets sachlicher Diskussion konnten sich die Anwesenden auf ein gemeinsames Vorgehen verständigen. Zum einen sollten Unterschriften unter dem Motto »Für eine faire Einstellungspraxis im Förderschulwesen durch mehr Planstellen und unbefristete Arbeitsverträge!« im KollegInnenkreis gesammelt werden. Und diese Unterschriften sollten dann im Rahmen einer Podiumsdiskussion verantwortlichen PolitikerInnen übergeben werden. In diesem Rahmen soll die missliche Lage vieler junger LehrerInnen und ihre negativen Auswirkungen auf die Förderschulen einer breiteren Öffentlichkeit bekannt gemacht werden.

Erfolgreiche Unterschriftenaktion

Die Unterschriftensammlung hat mittlerweile viel größere Resonanz bekommen, als ursprünglich erhofft. War geplant, dadurch erst einmal im mittelfränkischen KollegInnenkreis ein Bewusstsein über die missliche Lage der jungen KollegInnen zu schaffen, so haben mittlerweile Unterschriftenlisten aus ganz Bayern – von Bad Tölz bis Aschaffenburg – die InitiatorInnen erreicht. Es scheint, als hätten viele junge KollegInnen nur darauf gewartet, dass es endlich eine gemeinsame Initiative gibt. Sie sind froh, dass sie endlich etwas tun können, um zu versuchen, aus ihrer beruflichen Sackgasse zu entkommen, und nicht untätig warten müssen, welches Schicksal sie ereilt.

Am 26. Juni* findet nun die Podiumsdiskussion statt. Abgeordnete aller im Landtag vertretenen Parteien haben sich bereit erklärt, dort die Auseinandersetzung mit den jungen KollegInnen zu führen. Auch das Kultusministerium schickt einen für die Förderschulen zuständigen Vertreter. Wir sind sehr gespannt, wie sie den Eltern und den betroffenen LehrerInnen erklären werden, wie die aktuelle Einstellungspraxis zu den versprochenen Anstrengungen zur Verbesserung der Situation im Bildungsbereich passt. Die VertreterInnen der Regierung und der Abgeordnete der Mehrheitspartei sind gut beraten genau hinzuhören, was die Betroffenen vorzubringen haben und wie die Stimmung bei ihnen, den Eltern, den LehrerInnen und SchulleiterInnen ist.

von Stephan Stadlbauer

Förderschullehrer in Mittelfranken
Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe der GEW



* An diesem Tag geht diese DDS in die Druckerei. Aber wir werden in der nächsten Ausgabe dar über berichten. Die Redaktion.